



Steirische *Friedensplattform*

www.friedensplattform.at



EurofighterAusstieg: sofort!

Will die SPÖ noch den letzten Rest Ihrer Glaubwürdigkeit verlieren?

Am 30. Oktober 2006 hat eine Mehrheit des Nationalrates die Regierung aufgefordert, sofort alle Schritte zu setzen, um aus dem Eurofighter-Vertrag auszusteigen und den Beschaffungsvorgang auf der Stelle zu stoppen. Damals noch mit den Stimmen von Gusenbauer und Darabos. Als Bundeskanzler und Verteidigungsminister wollen diese nun von ihrem eigenen Beschluss nichts mehr wissen. Alle haben jedoch noch die Wahlparole Gusenbauers im Ohr: „**Mit mir wird es keine Eurofighter geben!**“.... Der „Beschaffungsvorgang“ wird jedoch unvermindert fortgesetzt. Dabei gibt es genügend Gründe wegen „Sittenwidrigkeit“ aus dem **Eurofighter-Vertrag auszusteigen, ohne einen Cent zu zahlen** (siehe dazu auch <http://www.werkstatt.or.at>). Ein Konzern, der Schmiergeldzahlungen von Subkontrahe-ten vertraglich freistellen lässt, und Geschäftspartner mit Strafen bedroht, wenn sie vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss aussagen, kann kein Vertragspartner der Republik sein. Die Nationalratsabgeordneten sind aufgefordert, ihren eigenen Beschluss für den Eurofighter-Ausstieg gegenüber der Regierung durchzusetzen, wenn sie nicht zu Marionetten der Rüstungslobby werden wollen.

Das von Minister Darabos beim Zivilrechtsexperten Helmut Koziol in Auftrag gegebene Rechtsgutachten wird selbst dem von der SPÖ installierten Eurofighter Untersuchungsausschuss vorenthalten. Für Kanzler Gusenbauer ist diese Vorgangsweise durchaus nachvollziehbar (STANDARD, 21.4.2007). Der Großteil der Österreicher hat

allerdings kein Verständnis für diese Handlungen. Mit Sätzen wie „Nie wieder wähle ich die SPÖ!“ oder „Gusenbauer hat kein einziges Wahlversprechen gehalten!“ und „Da hätte ich ja gleich die ÖVP wählen können.“ verleihen die enttäuschten SPÖ-Wähler Ihrem Unmut Ausdruck. Will die SPÖ nicht auch noch den kläglichen Rest ihrer Glaubwürdigkeit verlieren, so muss der Ausstieg aus dem Eurofighter Vertrag



sofort in die Wege geleitet werden. Wie kommt es, dass ein roter Bundeskanzler die Politik der ÖVP und der Industriellenvereinigung umsetzt?

Das Budget der rot-schwarzen Regierung liegt auf dem Tisch. Der unglaubliche Tiefpunkt dieses Budgets wurde in den Medien eher am Rande erwähnt: während insgesamt 620 Millionen Euro eingespart werden sollen, wird das Militärbudget um sage und schreibe **33% erhöht, und zwar um 600 Millionen von 1,8 auf 2,4 Milliarden Euro**. Grund, so Verteidigungsminister Darabos: Die Finanzierung der Eurofighter und die „Sicherstellung der Auslandseinsätze“ (ORF-Mittagsjournal, 2.3.2007). Unter Kanzler Gusenbauer erreicht Österreich damit das **höchste Rüstungsbudget in der Geschichte der 2. Republik**. Das ist kein Zufall, denn: die SP/VP-Regierung bekennt sich – genauso wie ihre schwarz-blau-orangen Vorläufer – ohne Wenn und Aber zur EU-Militärpolitik. Und diese sieht vor, bis zum Jahr 2010 umfassende Kapazitäten für globale Militäreinsätze aufzubauen. Ein Kernstück dafür ist die Einsatzfähigkeit der Eurofighter-Kampfbomber (EU-weit über 600 Stück). Es gehört zu den unverschämtesten Lügen der Regierenden, dass die Eurofighter zum Schutz der Neutralität beschafft werden sollen. Das glatte Gegenteil ist wahr. Es geht um Kampfflugzeuge, um **„bis weit hinunter nach Afrika, den Nahen Osten und Kaukasus“** Militäreinsätze fliegen zu können, wie das Streitkräftekommandant Günter Höfler ausgeplaudert hat (Kleine Zeitung, 13.12.2005).

Fähigkeit zu Flächenbombardements

Aus einem Akt des Verteidigungsministerium vom 15. April 2000 geht hervor, dass es nie um den Ankauf von „Luftraumüberwachungsflugzeugen“, sondern immer schon um offensive Kampfbomber ging, die gegen Bodenziele zum Einsatz gebracht werden können. So verlangte das Verteidigungsministerium, dass die zukünftigen Abfangjäger u.a. folgende Mittel zum Einsatz bringen können sollen:

- flächendeckende Bomben
- Freifallbomben (500 – 2.000 Pfund-Kategorie)
- Lenkwaffen zum Einsatz gegen Panzer und gepanzerte Fahrzeuge
- Gesteuerte Bomben (z.B. lasergesteuert)
- Lenkwaffen gegen elektromagnetische Emission von Bodenzielen
- Lenkwaffen zum Einsatz gegen gehörte Ziele
- Lenkwaffen zum Einsatz gegen Flugbetriebsziele

(Quelle: „Leistungsbeschreibung Luftraumüberwachung“, Pkt 3.2.24, BMLV, 15.04.2000)

**Machen wir gemeinsam Druck
gegen Eurofighter
und die Explosion
des Rüstungsbudgets!**



Wird Israel zum Apartheidstaat?

Wussten Sie, dass...

- allein am Wochenende vom 20.-22. April 9 PalästinenserInnen von der israelischen Armee getötet wurden? Eines der Opfer war Bushra Bargeesh, ein 17jähriges Mädchen. Die israelischen Einheiten waren vor ihrem Haus in Jenin zusammengezogen worden und belegten es mit einem Kugelhagel. Bushra starb, tödlich am Kopf getroffen, in ihrem Schlafzimmer. Wussten Sie, dass derartige **Überfälle der israelischen Armee in Palästina** beinahe täglich stattfinden?
- seit 1967 insgesamt jede/-er vierte PalästinenserIn mindestens einmal in einem israelischen **Gefängnis** eingesperrt war, darunter auch zehntausend Frauen? Wussten Sie, dass sich auch momentan mehr als 10.000 PalästinenserInnen in israelischen Gefängnissen und Internierungslagern befinden? Wussten Sie, dass sich unter den Gefangenen auch 40 Mitglieder des Parlaments und drei frühere Minister befinden, die alle ohne Anklage in Haft sind? Wussten Sie, dass insgesamt mehr als die Hälfte der palästinensischen Gefangenen ohne Anklage eingesperrt sind?
- es PalästinenserInnen großteils verboten ist, in ihre Hauptstadt **Jerusalem** zu reisen? Wussten Sie, dass die palästinensische Hauptstadt mit einer mehr als 80 km langen Mauer hermetisch vom übrigen Westjordanland abgeriegelt wurde? Vor Ostern hieß es von israelischer Seite, für christliche PalästinenserInnen würden die Reisebeschränkungen anlässlich des Festes gelockert. Wussten Sie dass tatsächlich nur etwa 200 christliche PalästinenserInnen nach Jerusalem hinein durften?
- Dass eine 8 m hohe **Mauer** mit einer Gesamtlänge von mehr als 700 km die PalästinenserInnen im Kerngebiet des Westjordanlandes einkesselt? Wussten Sie, dass mehr als 70 palästinensische Dörfer außerhalb dieser Mauer abgeschottet in einem Niemandsland liegen? Wussten Sie, dass die Mauer PalästinenserInnen von ihren Grundstücken, Arbeitsplätzen, Schulen und Krankenhäusern abtrennt?

Seit 1948 wurde den Palästinensern mehr als 80% ihres Landes genommen. Mit dem Bau der Mauer geht dieser Prozess Woche für Woche weiter. Durch die Abmauerung der Wohngebiete bleibt den PalästinenserInnen nur mehr ein Rumpfgebiet – ohne ausreichende Wasserversorgung, ohne die fruchtbaren Anbaugelände und vor allem ohne Außengrenzen, die eine wirtschaftliche Kooperation mit den Nachbarstaaten ermöglichen würden. An **Unabhängigkeit und Selbstbestimmung** ist so nicht mehr zu denken!

Nach 40 Jahren israelischer Besatzung liegt die palästinensische Wirtschaft am Boden. In Palästina ist der Hunger eingekehrt. Laut jüngsten Zahlen der Welt Ernährungsorganisation (FAO) ist es in jeder Dritten

Der Staat Israel hat das palästinensische Volk seiner staatlichen Existenz beraubt. Einen Frieden im Nahen Osten wird es erst geben, wenn in irgendeiner Form die Existenzberechtigung der Palästinenser als Staat gesichert ist.“



Bruno Kreisky

palästinensischen Familie ungewiss, ob am nächsten Tag ein Essen auf den Tisch kommt. 10 % der palästinensischen Kinder zeigen bereits bleibende Folgen von Unterernährung. Die FAO sagt, „ohne eine politische Lösung – und vor allem ein Ende der den PalästinenserInnen verweigerten Bewegungsfreiheit – ist eine Verbesserung der Situation nicht zu erreichen und Millionen von PalästinenserInnen bleiben von Nahrungsmittelhilfe abhängig.“ Der Hunger ist eine direkte Folge der verweigerten Selbstbestimmung!

WER A SAGT SOLL AUCH B SAGEN! FINANZIELLE HILFE ODER ANERKENNUNG DER PALÄSTINENSISCHEN UNABHÄNGIGKEIT

Bis heute unternehmen weder die EU noch die österreichische Bundesregierung ernst zu nehmende Schritte, um die Gründung des palästinensischen Staates zu erreichen. Solange den PalästinenserInnen aber die Unabhängigkeit verwehrt wird und die Besatzung weitergeht, bleibt die Abhängigkeit von Hilfszahlungen.

Die europäischen Regierungen sehen nur langsam ein, dass es ein gravierender Fehler war, die PalästinenserInnen in dieser dramatischen Lage auch noch mit einem Boykott zu belegen – für eine demokratische Wahlentscheidung! Noch nie zuvor ist ein besetztes Volk mit einem Boykott bestraft worden!

WAS KÖNNEN ÖSTERREICH & DIE EU TUN?

- Mit der Zurückstufung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel und Sanktionen hat die EU ein wirksames Mittel in der Hand, um gegen die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen der Besatzungsmacht einzuschreiten.
- Durch die uneingeschränkte Aufnahme von Beziehungen zur palästinensischen Regierung wird ein Schritt in Richtung Gleichbehandlung der Konfliktparteien gesetzt.
- Ein klares Engagement der EU und Österreichs für einen vollständigen Abzug Israels aus den palästinensischen Gebieten und für die Gründung des palästinensischen Staates wäre ein wirklicher Beitrag zum Frieden.

Und was wünschen Sie sich von Ihrem politischen Vertreter?

